
1. Hochwasserschutz

Das jüngste Hochwasser Ende Mai/Anfang Juni 2024 hat Neu-Ulm erneut vor Augen geführt, wie verletzlich die Stadt ist: Donau und Iller traten mit Meldestufe 4 über die Ufer, Kleingärten, Straßen, das und Keller wurden überflutet. In 2005 und 1999 war das heute Donaabad massiv betroffen und musste umfassend saniert werden.

Darum: ja, ich setze mich ausdrücklich dafür ein, dass alle kommunalen Gewässer nach Naturschutzkriterien entwickelt und wo möglich renaturiert werden, um zusätzliche Retentionsflächen zu schaffen und so den Hochwasserschutz zu stärken. Das schützt Menschen, Infrastruktur und zugleich die Artenvielfalt entlang der Gewässer.

2. Stadtentwicklung

a) Naturfreundliche Gärten

Ich werde mich dafür einsetzen, dass im Bebauungsplan klare Vorgaben zur naturfreundlichen Gartengestaltung verankert werden. Hier könnte man sich ein Beispiel an der Stadt Röthenbach a. d. Pegnitz nehmen, die ein eigenes „Förderprogramm Biodiversität“ hat, das private Maßnahmen wie Blühflächen, Staudenpflanzungen, heimische Hecken und Naturteiche finanziell unterstützt und damit naturfreundlichen Gärten fördert, wie wir sie auch anstreben.

b) Ich befürworte ein Nachtfahrverbot für Rasenroboter, um Igel und anderen nachtaktiven Tieren sichere Lebensräume zu erhalten. Städte wie Bayreuth und mehrere Gemeinden in Oberbayern haben gezeigt, dass solche Regelungen kommunal machbar sind, indem sie den nächtlichen Betrieb von Mährobotern per Allgemeinverfügung oder Satzung eingeschränkt haben. Das bestärkt mich darin, eine solche Regel auch für unsere Stadt vorzuschlagen.

c) Klimaresiliente Entwicklung

Die klimaresiliente Entwicklung der Stadt und aller Ortsteile soll durch verbindliche Grün- und Frischluftschneisen, Entsiegelung, mehr Bäume, Schattenplätze sowie hitzeresistente Bepflanzungen gesichert werden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Quartieren mit vielen Mietwohnungen, in denen Menschen mit niedrigem Einkommen am stärksten unter Hitze leiden.

d) Nachhaltigkeitsstrategie und -bericht

Ich unterstütze es, dass unsere Kommune ihre bereits bestehenden Strategien – insbesondere das integrierte Klimaschutzkonzept mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 und das energie- und klimapolitische Leitbild – zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt und diese regelmäßig in einem Nachhaltigkeitsbericht fortschreibt. Neu-Ulm hat mit dem 2023 vom Stadtrat beschlossenen integrierten Klimaschutzkonzept, der Aufstellung eines kommunalen Wärmeplans und ersten Berichten zu Energie- und Klimaschutz bereits wichtige Schritte getan. Diese Erfahrungen sollten wir nutzen, um künftig alle Bereiche kommunaler Nachhaltigkeit (Klimaschutz, Klimaanpassung, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit, Wirtschaft) systematisch zusammenzuführen und transparent zu berichten.

e) Verzicht auf Pestizide/Kunstdünger/Gentechnik

Auf allen städtischen Flächen – inklusive verpachteter Flächen und Wälder – sollte auf Pestizide, Kunstdünger verzichtet werden. Neu-Ulm sollte damit zur nächsten pestizidfreien Kommune gemacht werden, wie es bereits über 500 Städte und Gemeinden in Deutschland tun – darunter viele in Bayern wie Markt Feucht oder Altdorf. Während in Bayern bereits gesetzliche Verbote in

Schutzgebieten bestehen, fehlt in Neu-Ulm noch eine umfassende kommunale Regelung. Ich plädiere für Unterstützung durch Beratung und Vertragsklauseln in Pachtverträgen. Nicht zu vergessen ist hier die Einbindung der vielen Kleingartenverbände in Neu-Ulm, in denen überdurchschnittlich gedüngt wird und Pestizide, Fungizide und Herbizide ausgebracht werden.

f) Randstreifenkonzept

Ein Randstreifenkonzept entlang von Feldwegen mit geeigneten artenreichen Saadmischungen unterstütze ich ausdrücklich. Neu-Ulm hat hierzu noch kein eigenes Konzept. In Bayern existieren bewährte Praxisempfehlungen zur ökologischen Bewirtschaftung von Feldwegen und Randstreifen, an denen wir uns orientieren können, um Biotopverbund und Artenvielfalt vor Ort zu stärken.

g) Rückbau von Schottergärten

Ich will den konsequenten Rückbau von Schottergärten durch klare bauordnungsrechtliche Regelungen, Beratung und attraktive Förderprogramme vorantreiben. In Bayern erlaubt die BayBO seit 2021 örtliche Satzungen gegen Neuanlagen. Die reinen Schottergärten bei Neubauten können faktisch ausgeschlossen werden. Stattdessen können begrünte, versickerungsfähige Flächen vorgeschrieben werden. Diesen Weg möchte ich auch in Neu-Ulm gehen, beginnend mit Bestandsaufnahme und eine Bewertung dieser, gefolgt von Beratungen und Übergangsfristen.

3. Artenvielfalt und Biotopverbund

a) Kontrolle der Ausgleichsflächen

Die Umsetzung von Maßnahmen auf Ausgleichsflächen muss systematisch kontrolliert und ihre Pflege langfristig gesichert werden, etwa über digitale Flächenkataster und eindeutige Pflegepläne. In Neu-Ulm fehlt derzeit eine dokumentierte systematische Kontrolle, obwohl das Klimaschutzkonzept Maßnahmen nennt.

b) FNP-Maßnahmen für Biotopverbund

Im Flächennutzungsplan (FNP 2025) sollen Biotopkorridore, vernetzte Grünzüge, Gewässerrandstreifen und naturnahe Waldränder (z.B. in Burlafingen) ausdrücklich festgeschrieben werden. Der aktuelle FNP priorisiert Innenentwicklung und Flächensparsamkeit, enthält aber keine verbindlichen Biotopkorridore – da ist Ulm mit einem Biotopverbundplanung weiter. Ziel ist ein durchgängiger Biotopverbund, der Tier- und Pflanzenarten Raum zur Ausbreitung und Anpassung gibt.

c) Konkrete Umsetzungsmaßnahmen

Konkrete Maßnahmen sind von der Abteilung Stadtplanung / Landschaftsplanung und der unteren Naturschutzbehörde vorzuschlagen.

d) Bepflanzung im öffentlichen Raum

Im öffentlichen Raum setze ich auf insektenfreundliche Gehölze und Blühpflanzen, die Schatten spenden, Hitze mildern und ganzjährig Nahrung für Insekten bieten. Gestalterische Qualität, Klimaanpassung und Artenschutz gehören dabei zusammen.

4. Klima

a) Aufenthaltsqualität, Grün, Hitzeschutz

Für mehr Aufenthaltsqualität innerorts sind schattige Plätze, Bäume, Trinkbrunnen, begrünte

Dächer und Fassaden sowie verkehrsberuhigte und autofreie Bereiche entscheidend. Gerade Menschen in schlecht gedämmten und überteuerten Mietwohnungen brauchen kühle Rückzugsorte im Quartier, denn sie leiden am stärksten unter Hitzeperioden.

b) Baumschutzverordnung

Ich unterstütze eine Baumschutzverordnung mit Geltung im gesamten Stadtgebiet, Schutz aller Bäume ab 60 cm Stammumfang und umfangreichen Ersatzpflanzungen. Neu-Ulm hat trotz Forderungen der Grünen seit 2020 keine BSV – das ist rückständig gegenüber vielen bayerischen Kommunen. Bäume sind zentrale Klimaschutzhelfer - sie kühlen, filtern Luft und steigern die Lebensqualität.

c) Pflasterflächen und Versiegelung

Ich stehe kritisch zu übermäßigen Pflaster- und Versiegelungsflächen, sowohl privat als auch kommunal, insbesondere bei Parkplätzen und Einfahrten. Neu-Ulm hat im integrierten Klimaschutzkonzept Ziele zur Entsiegelung formuliert, aber keine verbindliche Definition versickerungsfähiger Beläge in der Bauordnung oder konkrete Programme mit Gebührenanreizen.

d) Kommunale Wärmeplanung

Die kommunale Wärmeplanung soll ökologisch und sozial gerecht gestaltet werden, über Fernwärme hinaus. Neu-Ulm hat 2024 einen Wärmeplan mit Bürgerbeteiligung beschlossen und prüft Geothermie – das ist gut und zeitgerecht, auch mit Fokus auf soziale Aspekte wie Sanierungsförderung. Das bedeutet: Vorrang für erneuerbare Wärme, Quartierslösungen, Gebäudesanierung und Unterstützung für Menschen mit niedrigen Einkommen, damit nicht nur Reiche sich Klimaanpassung und effiziente Heizung leisten können.

5. Mobilität

a) Fahrradinfrastruktur

Ich setze mich für eine sichere, alltagstaugliche Fahrradinfrastruktur ein, die Schulwege, Winterdienst, Lückenschlüsse im Netz und attraktive Abstellanlagen umfasst. Dazu gehören in Neu-Ulm sichere und ausreichend breite Radwege. Die aktuelle Planung "Stadtmitte" im Straßenzug Offenhauser Straße - Kasernstraße - Friedenstraße - Eckstraße wird sehr begrüßt und von der Linke unterstützt! Weitere Bedarfe sind in Abstimmung mit den Experten vom ADFC (tolle Umfrage!!) und dem Radbeauftragten von NU zu identifizieren.

b) Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit

In zahlreichen Studien und auch in vielen Städten, von Paris über Utrecht bis Kopenhagen und Oulu zeigt sich durch die flächendeckende Einführung eine deutliche Reduktion von Unfällen, Verletzungen und Verkehrstoten. Gleichzeitig steigt die Luftqualität merkbar und die Lärmbelastung sinkt, was für Anwohner:innen ein erheblicher Gewinn an Lebensqualität bedeutet (und erhebliche positive Gesundheitseffekte und Kosteneinsparungen mit sich bringt). Insgesamt steigt so die Aufenthaltsqualität in der Stadt und durch den verlangsamten Verkehrsfluß steigt der Anteil an Rad- und Fußverkehr, was wiederum zu einer Stärkung des lokalen Einzelhandels führt. Bei einer generellen Reduktion des (Durchgangs-)Verkehrs eröffnet sich langfristig die Möglichkeit einer Reform der Parkraumbewirtschaftung und einer Umwidmung von Parkflächen in Öffentlichen Raum der allen Bürger:innen zur Verfügung steht.

Durch eine Steigerung des Anteils an Rad- und Fußverkehr bessert sich zudem der Verkehrsfluß auch für die Autofahre:innen, die auf das Auto angewiesen sind.

Ein wichtiger Baustein ist dabei der öffentliche Nahverkehr: Nur wenn der Bus günstig ist, häufig fährt und gut vernetzt ist, lassen viele Menschen ihr Auto stehen. Das entlastet gerade Haushalte mit wenig Geld und ist ein zentraler Beitrag zum Klimaschutz.

6. Allgemein: Rolle von Umweltorganisationen und soziale Frage

Ich möchte Umweltorganisationen wie ADFC, BUND und LBV frühzeitig und kontinuierlich in die kommunale Politik einbinden, etwa über feste Beteiligungsformate, regelmäßige Runden Tische und transparente Planungsprozesse. Sie bringen Fachwissen, bürgerschaftliches Engagement und konkrete Vorschläge ein, die für eine nachhaltige Stadtentwicklung unverzichtbar sind.

Neu-Ulm hat mit dem Klimaschutzbeirat (inkl. GAU) gute Ansätze geschaffen, aber die Einbindung ist noch projektbezogen und nicht systematisch.

Die Linke steht für konsequenten Klima- und Umweltschutz – und zugleich für soziale Gerechtigkeit. Heute leiden die Ärmsten am stärksten unter Hitze in schlecht gedämmten, überpreuerten Mietwohnungen, sind besonders von Überschwemmungen betroffen und können sich gesunde, ökologische Ernährung oft nicht leisten. Eine soziale Befriedung und der Abbau von Ungleichheit sind Voraussetzung dafür, dass wir gemeinsam die Klimakatastrophe stoppen können. Andernfalls drohen Spaltung, Verdrängung und Leugnung des Klimawandels, wie wir es in anderen Ländern beobachten. Nur wenn Klimaschutz, Artenschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengedacht werden, gewinnen wir die Mehrheit der Menschen für eine wirksame, solidarische Klima- und Umweltpolitik.